

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung
am Donnerstag, dem 01.02.2024

Sitzungsort: Rathaus Lemwerder (Ratssaal)

Beginn: 18:31 Uhr

- öffentlich -

Ende: 20:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ratsherr Miles Eckert

Mitglieder

Ratsherr Werner Ammermann

Ratsherr Jörg Bade

Ratsfrau Monika Drees

Ratsherr Karsten Haye-Warfelmann

Ratsfrau Viktoria Heller

von 18.40 Uhr - 18.55 Uhr den Ratssaal verlassen

Ratsfrau Bianka Ludwig

Ratsherr Meinrad-Maria Rohde

Ratsherr Wolf Rosenhagen

Ratsfrau Brigitta Rosenow

Anwesend ab 18.32 Uhr

Ratsherr Michael Ruminski

Ratsherr Harald Schöne

Ratsherr Sven Schröder

Ratsherr Frank Schwarz

Ratsfrau Tanja Sudbrink

Ratsherr Jan Olof von Lübken

Ratsherr Rainer Wohlers

Protokollführer

Martina Wien

von der Verwaltung

Fachbereichsleiterin 1 Jutta Zander

Gäste

Lotta Schröder

P3 Planungsteam GbR mbH

Carsten Zippel

P3 Planungsteam GbR mbH

Abwesend:

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Christina Winkelmann

Mitglieder

Ratsherr Harald Helling

Ratsherr Thorben Schöne

Ratsfrau Antje Warnken

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung
- 1.1 der ordnungsgemäßen Einladung
- 1.2 der Beschlussfähigkeit
- 1.3 der Tagesordnung

- 2 Genehmigung der Niederschriften vom 16. und 23.11.2023 sowie vom 07. und 14.12.2023

- 3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 40, -AGRI-PV- Freiflächenanlage im Ortsteil Butzhausen mit paralleler Teiländerung des Flächennutzungsplan;
hier: Frühzeitige Beteiligung / Unterrichtung der Öffentlichkeit
Vorlage: FB 4 /089/2023-24-1

- 4 Beratung Haushalt 2024 / Teilhaushalt 1 (ohne Investitionen) Vorlage: FB 3/003/2024

- 5 Beteiligung an der Interessengemeinschaft Wesermarsch"H2marsch"; Wasserstoffprojekt Flugfeld in Lemwerder; Antrag der FDP-Fraktion vom 22.12.2023

- 6 Sanierung des Abwasserkanals; Antrag der FDP-Fraktion vom 06.01.2024

- 7 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

- 8 Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung und Feststellung**
- 1.1 **der ordnungsgemäßen Einladung**
- 1.2 **der Beschlussfähigkeit**
- 1.3 **der Tagesordnung**

Herr Eckert eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Einwendungen gegen die Tagesordnung gab es nicht.

Herr Eckert teilte zur Information mit, dass in TOP 2 nur die Protokolle vom 16.11. und 07.12.2023 genehmigt werden müssen, da das Protokoll vom 23.11.23 bereits am 14.12.2023 genehmigt worden ist und das Protokoll vom 14.12.2023 noch nicht vorliegt.

- 2 **Genehmigung der Niederschriften vom 16. und 23.11.2023 sowie vom 07. und 14.12.2023**

Die Protokolle vom 16.11. und 07.12.2023 wurden einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

Die Genehmigung des Protokolls vom 14.12.2023 wurde vertagt.
Das Protokoll vom 23.11.2023 wurde bereits am 14.12.2023 genehmigt.

**3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 40, -AGRI-PV- Freiflächenanlage im Ortsteil Butzhausen mit paralleler Teiländerung des Flächennutzungsplan; hier: Frühzeitige Beteiligung / Unterrichtung der Öffentlichkeit
Vorlage: FB 4 /089/2023-24-1**

Herr Zippel von der P3 Planungsteam GbR mbH stellte seine Präsentation zu dem eingeladenen Thema vor. Er gab Informationen zu den Planunterlagen mit Begründungen und textlichen Festsetzungen.

Die Präsentation wurde den Ratsmitgliedern zuvor in Session freigegeben bzw. in Papierform zur Verfügung gestellt.

Herr Zippel wies auf die spezielle Bedeutung der AGRI-PV-Freiflächenanlage hin. Dies bedeutet: Agri-Photovoltaik (Agri-PV) bezeichnet ein Verfahren zur gleichzeitigen Nutzung von Flächen für die landwirtschaftliche Pflanzenproduktion (Photosynthese) und die PV-Stromproduktion (Photovoltaik).

Die Modulstützen für die Solaranlagen werden ohne Betonfundamente nur mit Pfeilern im Lehmboden verbaut, so dass ein schneller Rückbau möglich wäre. Da die Fahrgassen sehr breit, zwischen 10 – 12 m, sind ist weiterhin landwirtschaftliche Nutzung unter den Modultischen möglich.

Der Verlauf und Abstand zur neuen B 212 wird bei der Erstellung des Planes berücksichtigt, ebenso wie die Umwelteinwirkungen auf Pflanzen, Tiere, Boden/Flächen, Wasser, Luft/Klima sowie dem Landschaftsbild.

Der Zeitplan ist beigelegt und eng gefasst.

Nach der Vorstellung durch Herrn Zippel wurden Fragen der Ausschussmitglieder gestellt:

Herr Bade wollte wissen, was damit gemeint ist, dass die Planung zum Neuentstehen von Arbeitsplätzen in der Region entstehen würden (Sh. Seite 20 Punkt 3.9. Begründung vorh. BPlan Nr. 40 Höhe Forstwirtschaft).

Herr Zippel meint damit die örtliche Bauwirtschaft (Sh. S. 20 Höhe Bauwirtschaft).

Des Weiteren fragte Herr Bade, ob im Falle eines Brandes genügend Löschwasserplätze eingeplant wären. Das Thema wird erst im Rahmen der Baugenehmigung geklärt, teilte Herr Zippel mit Sh. auch Seite 21 „Löschwasserversorgung“.

Frau Heller verließ von 18.40 – 18.55 Uhr den Ratssaal.

Herr Schöne fragte nach den Wirtschaftswegen. Seite 21 Punkt 3.10.

Wer übernimmt die Kosten der Sanierung der Wirtschaftswege, wenn diese im Rahmen des Aufbaus der Solaranlage nicht mehr befahrbar sind? Ist die Kosten-regulierung im Städtebaulichen Vertrag geregelt?

Da Herr Paack aus Krankheitsgründen nicht anwesend war, blieb die Antwort offen.

Herr Zippel teilte mit, dass die Module die aufgebaut werden, nicht sehr schwer sind, so dass die Wege durch das Gewicht nicht groß belastet werden würden.

Anmerkung der Verwaltung:

Es handelt sich bei der Butzhauser Hellmer um einen Realverbandsweg, die durch eine Weggenossenschaft unterhalten wird. Der Realverband hat gemäß seiner Satzung das Verbandsvermögen zu verwalten und für die Instandhaltung der Wege und Gewässer zu sorgen, die der Realverband zu unterhalten hat.

Der aktuelle städtebauliche Vertrag beschränkt sich auf die finanzielle Absicherung der Bauleitplanung und nicht um die bauliche Umsetzung. Der Punkt der baulichen Umsetzung ist über einen Durchführungsvertrag und die Mitbenutzung von öffentlichen Flächen (Bsp. Erschließung, Kabeldurchleitung des Netzanschlusses) über einen Nutzungsvertrag zu regeln.

Herr Ruminski erkundigte sich, warum im PPlan keine Höhenmeter angegeben worden sind. Lt. Auskunft von Herrn Zippel regelt die Höhe der Vorhabens- und Erschließungsplan.

Frau Ludwig begrüßte das Vorhaben und fragte nach der Lebenszeit einer solchen Anlage.

Herr Kruse, als Zuhörer der Sitzung, teilte mit, dass die Anlagen auf 30 Jahre geplant werden. Seine jetzigen Anlagen sind 11-12 Jahre in Betrieb und weisen keinerlei Mängel auf. Ein Rückbau der neuen Anlage ist nicht vorgesehen.

Herr Schöne fragte nach dem Verordnungsgewässer, erwähnt auf Seite 23 unter Punkt 3.13. Verordnungsgewässer sind Gewässer III. Ordnung. Hier sind die Grundstückseigentümer, jeder in dem Gewässerabschnitt, der auf seinem Grundstück verläuft, zur Unterhaltung verpflichtet. Eine Aufreinigung der Gräben ist nach wie vor möglich.

Auf die Frage von Herrn Wohlers, wo die Zuführung des Stroms an die EWE stattfindet, antwortete Herr Kruse, dass er mit der EWE in Kontakt steht für ein Durchleitungsrecht der benachbarten Grundstücke. Der Übergabepunkt ist in einem Stromkasten an der Industriestraße.

Da kleine Grundstücksanteile im BPlan nicht mit der PV-Anlage von Herrn Kruse überbaut wären, wollte Herr Schwarz wissen, was mit den kleinen Restgrundstücken passiert. Der gesamte Bauteppich wäre Gewerbegebiet und dies wäre im Rahmen der Erstellung des BPlanes zu klären, was noch in diesem Bereich gebaut werden dürfte, erklärte Herr Zippel

Herr Wohlers regte an, über dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen zu sprechen.

Herr Schöne befürwortet das Vorhaben, kritisiert jedoch die Aussage auf Seite 14 Punkt 3.7 zum Landschaftsplan „keine nennenswerte Darlegung“ und bittet Herrn Zippel diese Bezeichnung zu ändern.

Zur Aussage auf Seite 17 des Umweltberichtes fragte Herr Schöne nach, ob man eine temporäre Verschmutzung des Niederschlagswassers dadurch vermeiden könnte, indem man festschreibt, dass die Baufahrzeuge vor der Zufahrt in diesem Gebiet gewaschen sein müssen. Dies verneinte Herr Zippel. Diese Anweisung kann nicht vorgeschrieben werden.

Frau Ludwig erkundigte sich, ab wann der Solarpark Gewinn abwirft und ob auch eine Beteiligung von Bürgern möglich wäre.

Herr Kruse klärte auf, dass bereits ab dem 1. Jahr Betrieb Gewinn erzielt wird.

Auf die 2. Frage von Frau Ludwig gab es keine Antwort.

Nach dem alle Fragen geklärt waren, kam es zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung empfahl einstimmig, die frühzeitige Beteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB und die Anhörung der Behörden bzw. der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 40,

"AGRI PV-Freiflächenanlage im Ortsteil Butzhausen" mit paralleler Teiländerung des Flächennutzungsplans durchzuführen.

Herr Zippel und seine Mitarbeiterin Frau Schröder wurden um 19.10 Uhr vom Ausschussvorsitzenden verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

4 Beratung Haushalt 2024 / Teilhaushalt 1 (ohne Investitionen) Vorlage: FB 3/003/2024

Fachbereichsleiterin Zander erläutert ihre Präsentation zur Beratung des Haushalts 2024, Teilhaushalt 1 ohne Investitionen, in denen die Fragen aus der interfraktionellen Haushaltsbesprechung vom 18.01.2024 beantwortet werden.
Die Präsentation ist dem Protokoll beigefügt.

Vor dem Start der Präsentation gab sie eine personelle Veränderung im Rathaus bekannt und teilte mit:

- **Wie Sie merken, fehlt unsere Kämmerin.**
- **Sie hat als Konsequenz aus den Ereignissen 2023 insbesondere der letzten Ratssitzung am 14.12.2023 mich darum gebeten, ihre Stelle auszu-schreiben.**
- **Sie fühlt sich der Verwaltung und der Gemeinde erfreulicherweise weiter verbunden und wird die Aufgaben als Kämmerin weiter ausführen bis ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin gefunden wurde.**
- **Da sie nicht mehr an den Ausschuss-Sitzungen teilnehmen wird, übernehme ich diese Aufgabe heute stellvertretend so gut ich kann.**
- **Leider können die Bürgermeisterin und Dennis Paack krankheitsbedingt ebenfalls heute beide nicht teilnehmen und lassen sich entschuldigen.**

Der 1. Entwurf zum Haushalt wurde den Ausschussmitgliedern am 16.11.2023 vorgestellt.

Während der Vorstellung der Präsentation erklärte Frau Zander mehrmals, dass es heute nur um den Teilhaushalt 1 ohne Investitionen geht. Der Teilhaushalt 1 mit Investitionen wird 14 Tage später, am 15.02.2024, beraten.

Herr Ammermann fragte nach, ob die Zahlen aus dem 1. Entwurf des Haushaltsplan 2024 noch aktuell wären. Er bittet um Angabe von aktuellen Zahlen.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Defizit im 1. Entwurf des Ergebnishaushalt 2024 lag bei 3,5 Mio. €. Die Bürgermeisterin präsentierte dem Rat am 18.01.2024 die Veränderungen seit dem 16.11.2023.

Herr Ruminski erkundigte sich, ob die Positionen die im Nachtragshaushalt seitens der Verwaltung gestrichen worden sind, weiterhin unberücksichtigt bleiben und nicht mehr in den Haushalt 2024 aufgenommen werden.

Er schlug vor, darüber abzustimmen, dass die politischen Anträge aus 2023 die die Verwaltung gestrichen hat, wieder in der Planung des Haushaltes 2024 berücksichtigt werden. Bevor es zur Abstimmung kam, wurden weitere Fragen seitens der Ausschussmitglieder gestellt.

Frau Heller bat um Auskunft wofür 30.000 € für das Onlinezugangsgesetz (Kostenstelle P1.111012.003 Allg. zentrale Dienste, Seite 19) benötigt werden. Sie schlug vor, der Digitalmanager möge darüber in einer Ausschusssitzung berichten.

Anmerkung der Verwaltung:

Zusammengefasst kosten die Installation des Online-Rathauses und der Online-Bezahlmöglichkeiten ca. 19.600 €

*Die daraus resultierenden jährlichen Pflegekosten/Verträge belaufen sich auf ca. 9.700€
Das Angebot wurde zuletzt im August 2023 aktualisiert.*

Umsetzung OZG Digitales Rathaus - Portal/Webanwendung	Vertrag	8.800 €	P1.111012.003 429100	Einrichtung und Installation Online-Rathaus (Angebot Kommune365, Govmanager, Formsolutions)
Umsetzung OZG Digitales Rathaus - Portal/Webanwendung	einmalig	17.300 €	P1.111012.003 429100	Pflegevertrag/Betrieb Online-Rathaus/ Schnittstellen zur Beantragung von Dienstleistungen
Umsetzung OZG Digitales Rathaus - ePayment	einmalig	2.300 €	P1.111012.003 429100	Einrichtung Digitale Zahlungsmethoden via pmPayment
Umsetzung OZG Digitales Rathaus - ePayment	Vertrag	900 €	P1.111012.003 429100	Servicevertrag, transaktionsgebühren pmPayment

Herr Wohlers wollte wissen, bei welcher Summe der Haushalt vom Landkreis genehmigt wird. Auch möchte er, dass der Antrag auf Ausstattung des Ratssaals wieder im Haushalt 2024 berücksichtigt wird. Frau Zander teilte mit, dass dies eine bauliche Maßnahme (Investition) wäre und damit nicht Gegenstand der heutigen Sitzung ist.

Auch Herr Schöne wollte wissen, wann der Haushalt durch den Landkreis genehmigt wird. Was passiert mit den Restmittelübertragungen. Er möchte, dass einzelne Posten in den Fachausschüssen beraten werden.

Herr Rosenhagen schlug vor, dass die Fraktionen ihre Anträge an die Verwaltung stellen sollen, mit der Angabe was sie übertragen haben möchten. Die Bürgermeisterin hatte bereits am 18.01.2024 die Fraktionen dazu aufgefordert. Danach könnte die Verwaltung eine neue Beratungsliste erstellen.

Zum Teilhaushalt 1 hat er noch die Frage, warum es zur Einführung DMS im Rathaus sowie für die Einführung des digitalen Rechnungsworkflows keine einheitlichen Programme gibt, die die Verwaltung nutzen kann?

Anmerkung der Verwaltung:

Es handelt sich beim Rechnungsworkflow um ein Ergänzungsmodul, welches zum DMS dazugekauft werden soll. Es bietet die Schnittstelle zur Fachanwendung SAP. Der Freigabeworkflow (Sachlich richtig zeichnen usw.) und die Speicherung der Dateien läuft über das DMS; der Buchungsvorgang über SAP. Insofern handelt es sich um eine einheitliche Lösung, es gibt keine weitere Programmoberfläche

Herr Bade stellte die Frage, warum die Kosten für die Klimaanlage im Rathauskeller (10.000 €) heute in der Präsentation von Frau Zander waren, obwohl es heute lt. Tagesordnung um den THH 1 OHNE Investitionen ginge.

Frau Zander erklärte, dass sie die Frage von Herrn Ruminski vom 18.01.2024 beantworten wollte, damit sie nicht vergessen wird.

Herr Ruminski hatte die Frage gestellt, warum eine Lüftungsanlage im Serverraum nötig sei, wenn doch die Server der Verwaltung bei der KDO stehen.

Die Antwort auf die Frage ist in der beigefügten Anlage (Folie 7) zu finden.

Frau Rosenow schlug vor die angesetzte Summe für Strom, Wasser und Gas für 2024 neu zu prüfen. Ihr kommen die eingeplanten 50.000 € (S. 20 P1.111012.003 / 424100 1. Haushaltsentwurf) für das Rathaus sehr hoch vor.

Ergänzung der Verwaltung:

Der Haushaltsansatz wurde vom Fachamt aufgrund der gestiegenen Energiekosten des neuen Vertrages erhöht.

Was verbirgt sich hinter den Kosten Dienstwagen (4.000 € / P 1.111012.003 / 4251 S. 20)?

Ergänzung der Verwaltung:

Die Erläuterung befindet sich in der Kontenübersicht.

Nebenkosten Dienstwagen 1.000 € (Reparaturen, Strom außerhalb der eigenen Ladesäule etc.)

KSA 3.000 € (Kommunaler Schadensausgleich – Versicherung)

Wie viele Dienstwagen hat die Gemeinde? Nur Rathaus und Begu?

Seitens der Fraktionen wurde in den Vorjahren ein Fotoautomat für das Rathaus beantragt. Wird das Projekt noch umgesetzt?

Wird der Haushaltsansatz für die Fortbildung von Ehrenamtlichen i.H.v. 4000 € (P1. 281000 / 431800 S. 35) überhaupt genutzt?

Ergänzung der Verwaltung:

Jährlich werden zwischen 500 – 800 € ausgezahlt.

Sie möchte, dass der Begu-Beirat wieder tagt.

Frau Zander bat Frau Rosenow darüber die Fragen schriftlich an die Verwaltung zu richten, da sie nicht den THH 1 betreffen, der heute auf der Tagesordnung stand. Sie sind damit nicht Gegenstand der heutigen Beratung.

Frau Heller erkundigte sich, wann die Fragen beantwortet werden und wie es seitens der Verwaltung mit der Terminplanung für die Erstellung/Verabschiedung des Haushaltes aussieht. Sie bittet darum, eine zeitliche Übersicht zu erstellen.

Herr Ammermann appellierte an den Rat entsprechend bei der Erstellung des Haushaltsplanes 2024 mitzuarbeiten, damit er bis Ostern verabschiedet werden kann.

Herr Schöne bittet um die Hergabe einer Liste aller gestrichenen Investitionen.

Herr Schröder ist gegen die Planung der Verwaltung, künftig nur alle 14 Tage Sitzungen abzuhalten.

Herr Schöne bezweifelt, dass für Stellenausschreibung (P1.111012.001/441100 S. 16) ein Ansatz von 50.000 € erforderlich ist.

Seltsam findet er es, dass bei dem Ansatz Personalkosten: Vorsorgeaufwendungen für Beamte 41.000 € weggefallen sind.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Planansatz für Stellenausschreibungen betrug in 2023 = 23.000 €.

Der Ist-Betrag 2023 beläuft sich auf 89.291,07 €.

Die Verwaltung hat den Ansatz für 2024 deshalb erhöht, zumal die Politik von der Verwaltung gefordert hat, Anzeigen farbiger und je nach Stelle einzeln zu schalten.

Die Kosten für Stellenausschreibungen sind gestiegen, weil es eine hohe Fluktuation im Erzieherbereich gibt und es auch im Laufe des Jahres auch in anderen Betriebseinheiten zu personellen Veränderungen kommt (Kündigungen, Laufzeit, Kranke, Schwangerschaft etc.).

Die Stellenanzeigen dienen in erster Linie für die Nachbesetzung von Stellen.

Der Ansatz für Vorsorgeaufwendungen von Beamten ist nicht entfallen, sondern Stand zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung 2024 noch nicht fest und muss noch ermittelt werden.

Zum Thema: Erweiterung Rathaus bittet Frau Heller um weitere Informationen seitens der Verwaltung. Der Ausschussvorsitzende weist auch bei dieser Frage darauf hin, dass es heute um den THH 1 ohne Investitionen geht.

Warum sind die Personalkosten für die Grundschule –Verwaltung und Personal, S. 29, so hoch, fragte Herr Schöne nach. Kostenverursacher könnte man aus outsourcen, gemeint ist Arbeitsabläufe aus einem Betrieb ausgliedern und von Externen erledigen zulassen. Zu dem Thema würde er noch separate Anträge stellen.

Herr Bade regte noch an bei den Kostenstellen: Büromaterial und Fachliteratur einzusparen und Herr Schröder meinte, 800 € Kontoführungsgebühren wären zu hoch.

Ergänzung der Verwaltung:

Bei den jährlichen 800 € für Kosten der Bankkonten handelt es sich nicht ausschließlich um Kontoführungsgebühren.

Die Gemeinde zahlt zudem monatliche Gebühren für die Bereitstellung der EC-Zahlungsterminals, Saldenbestätigungen etc. an die Kreditinstitute.

Herr Ammermann regte an, sich angesichts eines Defizits von 3,5 Mio € auf die wesentlichen Produkte zu konzentrieren.

Herr Rosenhagen wünschte sich, dass der Rat zügiger und effektiver arbeiten sollte.

Nach Abschluss der Fragestellungen und Diskussionen kam es seitens des Ausschusses zur Abstimmung über den bereits am Anfang des Themas gestellten Antrag von Herrn Ruminski.

Es wurde mehrheitlich (11 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) darüber abgestimmt, dass die bereits in 2023 gestellten Anträge der Fraktionen erneut wieder in den Fachausschüssen beraten werden sollen sowie auf die Beratungsliste mit aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	11
Nein:	6
Enthaltung:	0

5 Beteiligung an der Interessengemeinschaft Wesermarsch "H2marsch"; Wasserstoffprojekt Flugfeld in Lemwerder; Antrag der FDP-Fraktion vom 22.12.2023

Herr Bade erläutert seitens der FDP-Fraktion ihren eingereichten Antrag. Seitens der verschiedenen Fraktionen wurde der Antrag positiv aufgenommen. Frau Ludwig schlug vor, dass sich die Interessengemeinschaft Wesermarsch "H2marsch" in den Ausschuss eingeladen werden sollte, damit sie sich und ihre Aufgabe den Ausschussmitgliedern vorstellen könnten.

Nach kurzer Beratung beschloss der Ausschuss einstimmig:

- a) Die Gemeinde Lemwerder beteiligt sich an der Vereinbarung der Interessengemeinschaft "H2marsch".
- b) Vertreter der Gemeindeverwaltung und des Rates nehmen an dem von Dr. Stührenberg in Aussicht gestellten moderierten Ideenwettbewerb 2024 in Verbindung mit einem unverbindlichen Ideenaustausch und Brainstorming teil.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

6 Sanierung des Abwasserkanals; Antrag der FDP-Fraktion vom 06.01.2024

Der Ausschussvorsitzende Eckert sprach den eingereichten Antrag der FDP-Fraktion an und schlug vor, diesen, da er nicht im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde Lemwerder liegt, ohne vorherige Beratung an den OOWV weiterzuleiten.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Abwasserkanalnetz wurde im Jahr 2005 von der Gemeinde Lemwerder an den OOWV verkauft.

Dazu kam es nicht. Herr Schöne erläuterte seinen Antrag und legte Zahlen über Fremdwassereinleitungen, Frischwasserverbrauch sowie Kosten der Hansewasser vor. Die Zahlen finden Sie in der Anlage. (Mail von Herrn Schöne vom 01.02.2024)

Herr Rosenhagen bezweifelt, dass es für Bürger*innen nach einer Sanierung des Kanalnetzes kostengünstiger werden sollte.

Herr Schwarz möchte, dass der OOWV seine Baumaßnahmen besser plant. Bei ihm vor der Haustür wurde innerhalb kurzer Zeit 2 x seitens des OOWV saniert.

Herr Wohlers ist der Meinung, die Gemeinde solle auf den OOWV zwecks Sanierung des Kanalnetzes zugehen.

Herr Rosenhagen ist der Auffassung, der Antrag kann zuständigkeitshalber an den OOWV ohne Abstimmung im Ausschuss zugesendet werden.

Frau Rosenow hat den Standpunkt, dass ein Beschluss des Ausschusses mehr Wirkung beim OOWV hinterlassen würde.

Danach empfahlen die Ausschussmitglieder einstimmig, dass die Verwaltung aufgrund des im Antrag geschilderten Tatbestandes, an den OOWV herantreten soll und ein Konzept mit zeitlichen Angaben zu einer dringend erforderlichen Sanierung des Kanalnetzes einfordern möge.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

7 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

Seitens der Verwaltung gab es keine Mitteilungen.

Von den Ausschussmitgliedern kamen folgende Fragen:

Frau Heller erkundigte sich, wann ihre E-Mail an Frau Winkelmann zum Thema: Ausschreibung Grundschule beantwortet werden würde.

Herr Bade wartet immer noch auf die Ausschreibungsunterlagen zur Hebeanlage GS Deichshausen sowie auf die Rechnung und den Vertrag mit der Firma Somacos.

Herr Ruminski hat den Tagesordnungspunkt: Informationen über den Sachstand Grundschulbau auf der Einladung zur heutigen Sitzung vermisst.

Herr Schwarz fragte nach, was mit den Protokollen der Fachausschüsse wäre, wenn diese nicht mehr tagen würden. Werden diese nicht mehr genehmigt?

Frau Zander erwiderte, dass es keine Frist für die Genehmigung von Protollen gibt, sofern es in den Legislaturperioden wäre.

Die Protokolle der Fachausschüsse werden genehmigt, wenn es nach Ostern und der Verabschiedung des Haushaltes 2024 mit dem üblichen Rhythmus der Fachausschüsse weitergeht.

8 Einwohnerfragestunde

Ein Bürger erkundigte sich, wann der Rat den Beschluss zurücknehmen würde, dass die Beleuchtung auf den Straßen ab 23 Uhr abgestellt wird bzw. ob es nicht möglich ist, zumindest jede 2. Lampe leuchten zu lassen. Die Bürger/innen würden sich zzt. nach 23 Uhr nicht mehr sicher in Lemwerder fühlen.

Der Vorsitzende beendete um 20.20 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführerin